

Pressemitteilung

24. August 2011

Umfrage: Arbeitnehmer fordern einheitlichen Bildungskatalog

Berlin - Die Arbeitnehmer in Deutschland fordern mehrheitlich, dass die Politik zur Sicherung der Ausbildungsreife einen einheitlichen Anforderungskatalog festlegt. 82,1 Prozent sind der Ansicht, dass einheitliche und verbindlich formulierte Kriterien die Ausbildungsreife von Schulabsolventen am Ende der 9. bzw. 10. Klasse sichern sollten. Das ergibt eine repräsentative Arbeitnehmerbefragung der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche.

Gespalten sind die Arbeitnehmer in der Frage, ob eine möglichst frühe Trennung der Schüler auf eine weiterführende Schule die Bildungsqualität in Deutschland verbessern würde. 49,3 Prozent bevorzugen ein Schulsystem, bei dem eine möglichst frühe Trennung vorgenommen wird. 45,3 Prozent sind hingegen der Ansicht, dass Schüler möglichst lange gemeinsam lernen sollten.

„Die Uneinigkeit der Politik spiegelt sich im Antwortverhalten der Arbeitnehmer wider. Schüler dürfen nicht länger die Versuchskaninchen der Republik sein.“ erklärt Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM. Reformen müssten effizient und gut durchdacht sein, damit sie langfristig wirken können. „Auf die individuelle Förderung von starken und schwachen Schülern kommt es an. Die Diskussion um zwei- oder dreigliedrige Schulsysteme darf dabei nicht länger vom Wesentlichen ablenken!“ Bildung sei der zentrale Baustein für Vollbeschäftigung in Deutschland.

Nach Ansicht der Befragten würde die Zusammenlegung der Haupt- und Realschule den Anteil der Risikoschüler eher senken als steigern. 40,8 Prozent sind dieser Meinung. 31,1 Prozent glauben dagegen, dass sich der Anteil der Risikoschüler durch die Zusammenlegung erhöhen würde.

Die Arbeitnehmer sehen die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule demnach nicht als bedeutendsten Schritt an um das Schulsystem zu reformieren. Wichtiger scheint die Sicherstellung der Schulbildungsqualität durch eine inhaltliche Koordination, die an Ergebnissen orientiert ist. „Die Schulen brauchen mehr Entscheidungsfreiheit, wie sie die gesteckten Bildungsziele erreichen wollen. Auch zwischen Schulen kann man Wettbewerb zulassen“, so Pellengahr.

Im Rahmen des IW-Arbeitnehmersvotums wurden 1.000 Arbeitnehmer zwischen dem 19. und 23. August online befragt. Die Stichprobe der Arbeitnehmer zwischen 16 und 65 Jahren ist repräsentativ für Deutschland und nach Schulbildung, Geschlecht und Altersgruppen geschichtet. Arbeitnehmer ohne Schulbildung sind nicht berücksichtigt. Die Umfrage ist Teil des Deutschland-Checks, einer Dauerstudie im Auftrag der INSM und der WirtschaftsWoche.

Mehr Informationen im Internet unter www.deutschland-check.de

Rückfragen:

Projektleitung: Marc Feist, Telefon 030 / 27877-175, feist@insm.de

Pressesprecher: Florian von Hennet, Telefon 030 / 27877-174, hennet@insm.de